

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Keine Einführung von Heroin als Medikament

Berlin (15. Juli 2008) - Anlässlich der Forderung des Bundesverbandes der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit, Heroin als Medikament zuzulassen und die flächendeckende Heroinvergabe in die medizinische Regelversorgung einzuführen, erklärt die Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn MdB:

Neben der Forderung Heroin als Medikament zuzulassen kritisiert die Elterninitiative die Beendigung der Bundesförderung für laufende Programme der Heroinvergabe.

Eine Heroinsubstitution ist aber nach wie vor möglich. Auch ohne eine Mitfinanzierung des Bundes ist die Versorgung der bisherigen Heroinpatienten durch die Finanzierung der Städte gesichert. Gemessen an den Behandlungskosten insgesamt ist der Anteil der Bundesförderung für die laufende Behandlung gering und spielt für die Absicherung der Behandlung keine entscheidende Rolle.

Die Patienten werden seit dem 1.1.2007 auf der Basis einer auf das öffentliche Interesse gestützten Ausnahmeerlaubnis weiter mit Diamorphin behandelt. Karlsruhe, Köln und Frankfurt haben beim BfArM Genehmigungen für Aufnahme neuer Patienten erhalten. Die Behandlung der Patienten ist somit sichergestellt. Von einer Verhinderung der Regelversorgung zu Lasten schwer kranker Menschen kann daher nicht die Rede sein.

Die Ergebnisse des Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger sind nicht überzeugend. Sie lassen keinen Schluss auf eine Überlegenheit der Heroinbehandlung gegenüber der Methadonbehandlung zu.

Viele medizinische, sozialpolitische und sicherheitspolitische Aspekte sind noch ungeklärt. Diese sollten im Rahmen eines neuen Modellvorhabens geklärt werden. Experten haben nachvollziehbar dargelegt, dass bis zu 80.000 Abhängige Anspruch auf eine Diamorphinbehandlung hätten, wenn die Kriterien des Modellversuchs zugrunde gelegt werden würden. In Zeiten knapper Kassen können wir unseren Mitbürgern nicht zumuten, die Kosten für ein Behandlungssystem aufzubringen, dessen Nutzen nicht erwiesen und dessen Behandlungsdauer völlig offen ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich mit Beschluss vom 26. November 2007 mehrheitlich gegen eine Überführung der heroingestützten Behandlung in die Regelversorgung ausgesprochen. Oberstes Ziel jeder Drogentherapie ist und bleibt nicht nur für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Die Substitutionsbehandlung muss neben der Verbesserung des Gesundheitszustandes auch die schrittweise Abstinenz von der Droge herbeiführen.

Die Heroinbehandlung ist nicht ohne Alternative. Viele Sachverständige vertreten die Auffassung, dass mit der Methadonsubstitution noch bessere Ergebnisse zu erzielen wären, wenn die psychosoziale Betreuung in dem Umfang erfolgen würde, wie im Modellprojekt bei der Heroinbehandlung.

Im Hinblick auf Kosten und Nutzen sollten deshalb alle Möglichkeiten einer verbesserten Methadonbehandlung ausgeschöpft werden.

Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (15. Juli

2008).